

E-Control

MA 64 – 1350237/2021

Begutachtungsentwurf zur
Systemnutzungsentgelte-
Verordnung 2018 - Novelle 2022;
Begutachtungsentwurf
Stellungnahme des Landes Wien

25. NOV. 2021

Lerchenfelder Straße 4,
1080 Wien
Telefon +43 1 4000 89919
Fax +43 1 4000 99 89910
post@ma64.wien.gv.at
wien.gv.at/ma64

Wien, am 25.11.2021

Termin: 26.11.2021**Vorher zur Einsicht:**

W Frau Vizebürgermeisterin und
amtsführende
Stadträtin für Wohnen,
Wohnbau, Stadt-
erneuerung und Frauen:



Sehr geehrte Damen und Herren!

Zum oa. Begutachtungsentwurf wird seitens des Landes Wien folgende Stellungnahme erstattet:

Vorbemerkung:

Sowohl das Arbeitsentgelt als auch das leistungsabhängige Entgelt für Pumpspeicherkraftwerke bleibt neuerlich wie in den letzten Jahren unverändert. Mit welcher Begründung die Entgelte für Pumpspeicherkraftwerke nicht erhöht werden, obwohl sich einerseits bestimmte Kosten erhöht haben und andererseits die Abgabemengen im Vergleich zu 2020 reduziert wurden, bleibt offen. Das Land Wien hat in der Vergangenheit mehrfach darauf hingewiesen, dass die Tarifierung bei den Pumpspeicherkraftwerken nicht nachvollziehbar ist. Es wird um eine nachvollziehbare Begründung ersucht.

Das Netznutzungsentgelt für die Kunden im Netzbereich Wien wird im Jahr 2022 massiv steigen. In der Ebene 7 für Haushaltskunden und kleinere Unternehmen beträgt die Erhöhung in Summe sogar 14,6 Prozent. Da zusätzlich und wohl gleichzeitig auch die Energiepreise mit Beginn des nächsten Jahres sehr stark steigen werden (voraussichtlich in der Größenordnung um die 40 Prozent), wird die

Sie erreichen uns: U2/U3: Station Rathaus, Volkstheater, Straßenbahn: 46, 2, Bus: 13A, 48A

Frage einer sozial gerechten Stromversorgung in den nächsten Wochen auch in Österreich gestellt werden. Nach den Erläuterungen für die Begründung der Erhöhung der Netznutzungsentgelte sei die Steigerung auch auf geringere Abgabemengen zurück zu führen; dies kann aber nicht nachgeprüft werden, weil Unterlagen über die Kostenänderungen den Ländern nach dem Gesetz leider nicht zur Verfügung zu stellen sind.

Auf Grund der Tatsache, dass mit Jahreswechsel die Gesamtkosten für Strom sehr stark steigen werden, bedarf es im Rahmen der weiteren Novellierungen der bundesrechtlichen elektrizitätsrechtlichen Regelungen einer Diskussion über die Veröffentlichung der relevanten Daten durch die E-Control.

Zu § 5:

Grundsätzlich sollte die Anpassung der Netztarife mit 1.1.2022 im vorliegenden Begutachtungsentwurf im engen Zusammenhang mit dem von der E-Control veröffentlichten Positionspapiers „Tarife 2.1“ gesehen werden. In diesem Positionspapier wird folgende Position ausgeführt: „Nach dem Smart Meter-Roll-Out soll für alle Netzebene 7 Kunden nur mehr ein Entgelt auf Basis von Arbeit und Leistung pro Netzbereich angeboten werden“. Das Kapitel 3.1 des genannten Positionspapiers widmet sich ausführlich den Preiseffekten, welche bei einer Umstellung einer Grund- und Arbeitspreiskombination auf eine Leistungs- und Arbeitspreiskombination für ein und dieselbe Kundengruppe wirksam werden. Es ist klar ersichtlich, dass bei einer Umstellung der derzeitige Arbeitspreis für den Netztarif „nicht gemessene Leistung“ der Netzebene 7 signifikant gesenkt werden müsste. Im vorliegenden Begutachtungsentwurf ist diesbezüglich aber festzustellen, dass ausgerechnet dieser – künftig signifikant zu senkende - Arbeitspreis für den Netztarif „nicht gemessene Leistung“ sogar überproportional erhöht wird, während der Grundpreis unverändert bleibt. Solch eine Preisentwicklung steht im Widerspruch zum Vorhaben, Leistungspreise für alle Kunden der Netzebene 7 einzuführen, weil damit die Ausgangslage und die Rahmenbedingungen für eine möglichst reibungslose Umstellung auf einheitliche Arbeits- und Leistungspreisverrechnung ungünstig erschwert wird. Es wird daher vorgeschlagen, diese Preisgestaltung im Sinne des Vorhabens „Tarife 2.1“ anzupassen und als vorbereitenden Schritt beim Netztarif „nicht gemessene Leistung“ der Netzebene 7 eine Anhebung des Grundpreises bei gleichzeitiger erlösneutraler Reduktion des Arbeitspreises vorzunehmen.

Zu § 11:

Die Novellierungsanordnung 10 des Entwurfes lautet wie folgt: „§ 11 Abs. 2 Z 2 lit. b wird durch folgende lit. b bis d ersetzt.“ Hierzu ist anzumerken, dass die Novellierungsanordnung richtigerweise wie folgt lauten müsste: „§ 11 Abs. 1 Z 2 lit. b wird durch folgende lit. b bis d ersetzt.“

Referent:

Mag. Klaus Oblasser

☎ 4000-89950

Mit freundlichen Grüßen

Die Abteilungsleiterin:

Mag.^a Christina Pass-Dolezal